

## Kurzinformation

Kindersoldat\*innen  
auf der Flucht



# Schutz durch Asyl, Traumaheilung, Bildung und Frieden



Am 12. Februar wird jährlich mit einem internationalen Aktionstag gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten und Soldatinnen erinnert: dem Red Hand Day.

Die Rekrutierung von Kindersoldat\*innen ist eine von sechs schweren Kinderrechtsverletzungen in bewaffneten Konflikten, die laut Vereinten Nationen einen neuen Höchststand erreicht haben – ein Alarmsignal, das höchsten Einsatz zum Schutz dieser Kinder und Jugendlichen erfordert, auch von der Bundesregierung! Dazu gehören vor allem humanitäre Hilfe, Asyl und der konsequente Einsatz für friedliche Konfliktlösungen.

Red Hand Day

 **Deutsches Bündnis  
Kindersoldaten**

# Inhalt

---

- 3 Vorwort
  - 4 Die sechs schweren Kinderrechtsverletzungen in bewaffneten Konflikten
  - 6 Kindersoldat\*innen auf der Flucht
  - 8 Fallbeispiel: Hilfe für Kinder in Myanmar
  - 10 Fazit: Schutz von Kindersoldat\*innen auf der Flucht!
  - 12 Forderungen an die Bundesregierung und -behörden
- 

## Impressum

**Deutsches Bündnis Kindersoldaten**

**Verantwortlich i. s. d. P.:**

Bündnis-Sprecher Frank Mischo (Kindernothilfe e. V.) und Ralf Willinger (Terre des Hommes Deutschland e. V.)

**Redaktion:**

Frank Mischo, Ratin Sazedul und Ralf Willinger

**Gestaltung:**

Alexander von Freeden – [LaikaLaika.de](http://LaikaLaika.de)

**Titelbild:**

Terre des Hommes/Myanmar

**Stand:**

09. Februar 2026

**Kontakt und Bestellung von Druckexemplaren:**

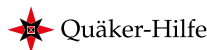
Deutsches Bündnis Kindersoldaten,  
c/o Kindernothilfe e. V., Frank Mischo,  
Düsseldorfer Landstraße 180, 47249 Duisburg  
[frank.mischo@knh.de](mailto:frank.mischo@knh.de)  
[www.kindersoldaten.info](http://www.kindersoldaten.info)



## 12. Februar

#RedHandDay

[www.redhandday.org](http://www.redhandday.org)



# Vorwort

Kinder und Jugendliche werden in heutigen bewaffneten Konflikten systematisch Zielscheibe schwerer Menschenrechtsverletzungen, darunter Tötungen, Verstümmelungen, Entführungen, sexuelle Gewalt, die Rekrutierung als Soldat\*innen durch bewaffnete Akteure, Angriffe auf Krankenhäuser und Schulen und die Verwehrung humanitärer Hilfe – die sogenannten sechs schweren Kinderrechtsverletzungen in bewaffneten Konflikten.

Diese haben laut aktuellem Jahresbericht des VN-Generalsekretärs zu Kindern und bewaffneten Konflikten einen neuen Höchststand erreicht mit insgesamt 36.221 dokumentierten Fällen – der höchste Wert seit Einführung des Monitoring- und Berichtsmechanismus der Vereinten Nationen (VN) im Jahr 2005. Viele Fälle können wegen des stark eingeschränkten Zugangs und der hohen Gefahren in Konfliktgebieten nicht dokumentiert werden, bei Kinderrechtsverletzungen wie sexueller Gewalt und Rekrutierung als Soldat\*innen kommt hinzu, dass sie kaum sichtbar sind und verschwiegen und versteckt werden. Die realen Fallzahlen betragen ein Vielfaches der dokumentierten Fälle.

Die Daten werden vor Ort oft unter hohen Risiken zusammengetragen von VN-Mitarbeiter\*innen, Menschenrechtsorganisationen und der Zivilgesellschaft, darunter viele Partner der Mitgliedsorganisationen des Deutschen Bündnis Kindersoldaten, humanitäre Helfer und Kinderrechtler, die immer mehr unter Druck geraten. Viele werden verfolgt, inhaftiert und getötet. Nicht nur die Kinder und Menschen in Not, auch diese Helfer, die lebenswichtige Hilfe leisten, brauchen Schutz und finanzielle Mittel für ihre wichtige Arbeit.

Umso unverständlicher ist es, dass einige Staaten ihre Mittel für humanitäre Hilfe stark reduziert haben, darunter die beiden größten Geber humanitärer Hilfe, die USA und Deutschland. Trotz des dramatisch steigenden Bedarfs hat Deutschland seine Gelder für Humanitäre Hilfe seit 2023 um 1,7 Milliarden Euro (mehr als 60%) gekürzt, während die Verteidigungsausgaben im selben Zeitraum um 50 Milliarden Euro gestiegen sind. Diese Zahlen zeigen: Das Geld ist da. Statt in Aufrüstung muss die Bundesregierung in Krisenprävention, Frieden und Entwicklung investieren!



Wir unterstützen den Appell von Innocent Oponya, ehemaliger Kindersoldat und Friedensaktivist aus Uganda: „Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig psychologische Hilfe, Sicherheit und Bildung für ehemalige Kindersoldatinnen und -soldaten ist. Nachdem ich aus der Lord's Resistance Army fliehen konnte, hat mich die Unterstützung von internationalen Hilfsorganisationen in Uganda gerettet, ich hatte großes Glück und bin dafür sehr dankbar. Jetzt setze ich mich für

Kinder in Kriegsgebieten ein und appelliere mit meiner roten Hand an jeden Einzelnen und an die Bundesregierung: Lassen Sie diese Kinder nicht allein, unterstützen Sie sie vor Ort und wenn sie in Deutschland Zuflucht suchen, stoppen Sie Waffenlieferungen in Krisenregionen und setzen Sie sich konsequent für die friedliche Lösung bewaffneter Konflikte ein.“

Helfen auch Sie mit und engagieren Sie sich – zum Beispiel mit einer Spende an eine unserer Mitgliedsorganisationen oder einer Rote-Hand-Aktion! Vielen Dank!

**Frank Mischo und Ralf Willinger,**  
Sprecher Deutsches Bündnis Kindersoldaten

Abbildung: Frank Mischo und Ralf Willinger bei Rote-Hand-Aktion im Bundestag (Foto: Deutsches Bündnis Kindersoldaten)



Foto: Terre des Hommes/Myanmar

# Die sechs schweren Kinderrechtsverletzungen in bewaffneten Konflikten

Die Rekrutierung als Soldat\*innen, Tötungen & Verstümmelungen, Entführungen, sexuelle Gewalt, Angriffe auf Krankenhäuser und Schulen und die Verweigerung humanitärer Hilfe sind die von den Vereinten Nationen (VN) definierten sechs schweren Kinderrechtsverletzungen in bewaffneten Konflikten. Sie haben einen neuen Höchststand erreicht mit insgesamt 36.221 dokumentierten Fällen – ein Anstieg um 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Es waren 22.495 Kinder betroffen, davon Zweidrittel Jungen und ein Drittel Mädchen.<sup>1</sup>

Die Länder mit den meisten erfassten Fällen waren Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete mit fast einem Viertel der Fälle (8.554), die Demokratische Republik Kongo (4.043), Somalia (2.568), Nigeria (2.436), Haiti (2.269) und Myanmar (2.138). Die Länder mit dem höchsten Anstieg an Fällen gegenüber dem Vorjahr waren der Libanon (545%), Mosambik (525%) und Haiti (490%).

Für fast 50 % aller Fälle waren nichtstaatliche be-

waffnete Gruppen verantwortlich, für mehr als 50 % staatliche Armeen. Letztere waren für einen Großteil der Tötungen und Verstümmelungen, der Angriffe auf Krankenhäuser und Schulen und der Verweigerung humanitärer Hilfe verantwortlich.

## Rekrutierung von Kindern als Soldat\*innen

Es wurden 7.402 Fälle dokumentiert, in denen Kinder durch bewaffnete Streitkräfte und Gruppen als Soldaten und Soldatinnen rekrutiert und eingesetzt wurden. Dies ist weiter ein sehr hoher Wert, im Vergleich zum Höchstwert des Vorjahres ein leichter Rückgang um 14 Prozent. Jungen sind überproportional betroffen. Die Länder mit den meisten rekrutierten Kindersoldat\*innen waren Demokratische Republik Kongo, Nigeria, Somalia, Syrien, Myanmar, Kolumbien und Mosambik. 16.482 Kinder, die zuvor Kindersoldat\*innen waren, haben Schutz und Hilfe zur Reintegration erhalten.

<sup>1</sup> United Nations (2025), Annual Report of the Secretary-General „Children and Armed Conflict“, <https://docs.un.org/en/S/2025/247>

## Tötungen und Verstümmelungen

Es wurden 4.676 Fälle dokumentiert, in denen Kinder durch bewaffnete Streitkräfte und Gruppen getötet wurden und 7.291, in denen sie verletzt oder verstümmelt wurden, meist durch Bombenangriffe, Minen oder in Feuergefechten. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies bei Tötungen ein Rückgang um 13 Prozent und bei Verstümmelungen ein Anstieg um 15 Prozent. Jungen sind überproportional betroffen. Die Länder mit den meisten Tötungen waren Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete, Sudan, Myanmar und Burkina Faso.

## Entführungen

Es wurden 4.573 Fälle dokumentiert, in denen Kinder durch bewaffnete Streitkräfte und Gruppen entführt wurden. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg um 5 Prozent. Jungen sind überproportional betroffen. Die Länder mit den meisten Entführungen waren Nigeria, Somalia und die Demokratische Republik Kongo.

## Sexuelle Gewalt

Es wurden rund 2000 Fälle dokumentiert, in denen Kinder Opfer sexueller Gewalt (Vergewaltigungen, sexuelle Sklaverei, Zwangsprostitution, u. a.) durch bewaffnete Streitkräfte und Gruppen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies erneut ein starker

Anstieg um 35 Prozent. Ein Jahr zuvor waren die Zahlen schon um 25 Prozent angestiegen. Mädchen sind überproportional betroffen, zunehmend werden auch Jungen Opfer sexueller Gewalt. Die Länder mit den meisten Fällen sexueller Gewalt waren Haiti, Nigeria und die Demokratische Republik Kongo.

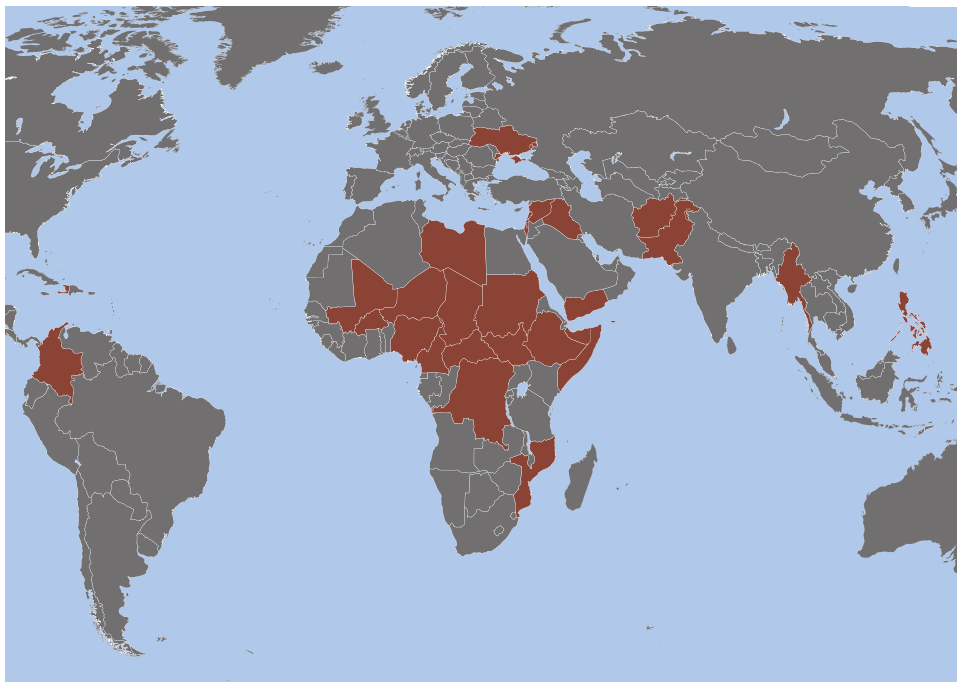
## Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser

Es wurden 2.374 Fälle dokumentiert, in denen Krankenhäuser und Schulen durch bewaffnete Streitkräfte oder Gruppen angegriffen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein starker Anstieg um 44 Prozent. Die Länder mit den meisten Fällen waren Ukraine, Israel und die palästinensischen Gebiete und Haiti.

## Verweigerung humanitärer Hilfe

Es wurden 7.906 Fälle dokumentiert, in denen Kindern durch bewaffnete Streitkräfte und Gruppen humanitäre Hilfe verwehrt wurde, ein alarmierender neuer Höchstwert. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein sehr starker Anstieg um 52 Prozent. Die Länder mit den meisten Fällen waren Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete (mit 5.091 Fällen, entspricht 64 % aller Fälle), Afghanistan, Haiti, Ukraine, Äthiopien und Myanmar. Es wurden mehr humanitäre Helfer getötet als je zuvor.

## Länder mit den sechs schweren Kinderrechtsverletzungen in bewaffneten Konflikten



- Afghanistan
- Äthiopien
- Burkina Faso
- Demokratische Republik Kongo
- Haiti
- Irak
- Israel und palästinensische Gebiete Westjordanland und Gaza
- Jemen
- Kamerun
- Kolumbien
- Libanon
- Libyen
- Mali
- Mosambik
- Myanmar
- Niger
- Nigeria
- Pakistan
- Philippinen
- Somalia
- Sudan
- Südsudan
- Syrien
- Tschad
- Ukraine
- Zentralafrikanische Republik

Grafik: Deutsches Bündnis Kindersoldaten, auf Basis von: Bericht des UN-Generalsekretärs zu Kinder in bewaffneten Konflikten. Verfügbar unter: <https://docs.un.org/en/S/2025/247>

# Kindersoldat\*innen auf der Flucht

Im Jahr 2025 waren laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR etwa 125 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, davon etwa 73 Millionen innerhalb ihres Heimatlandes (sog. Binnenvertriebene) und etwa 42 Millionen in anderen Ländern, meist in Nachbarländern – fast die Hälfte davon waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Sie mussten zwangsweise aufgrund von Krieg, Verfolgung, Gewalt oder Menschenrechtsverletzungen ihre Heimat verlassen. **Mit der häufigste Fluchtgrund für Familien und Kinder und Jugendliche ist die Flucht vor drohender Zwangsrekrutierung als Kindersoldat\*innen, die fast in allen Kriegsgebieten an der Tagesordnung ist.**

Schätzungsweise 2 Millionen dieser Menschen wurden neu im Jahr 2025 vertrieben (innerhalb ihres Landes oder in andere Länder), die meisten von ihnen sind Kriegsflüchtlinge aus dem Sudan, der Ukraine, Myanmar und Nordost-Mosambik – allein hier wurden wegen schwerer Kämpfe ab Juli 2025 mehr als 100.000 Menschen neu vertrieben. Insgesamt wurden aus Nordmosambik seit Beginn des bewaffneten Konflikts 2017 1,3 Millionen Menschen vertrieben.

Viele Menschen flohen auch aus Afghanistan wegen der Gewaltherrschaft der Taliban, Terroranschlägen, schweren Menschenrechtsverletzungen und der Verwehrung humanitärer Hilfe durch die Taliban – infolge dieser schweren Menschenrechtsverletzung, einer der sechs schweren Kinderrechtsverletzungen in bewaffneten Konflikten (s. S. 4/5), sterben viele Kinder an Hunger, Erschöpfung und Krankheiten. Afghanistan belegt im VN-Bericht „Kinder in bewaffneten Konflikten“ bei der Verwehrung humanitärer Hilfe weltweit den traurigen zweiten Platz (950 dokumentierte Fälle) nach Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten (5091 Fälle).

**Angesichts solcher Zahlen und der Lage in diesen Ländern ist es unverantwortlich, dass Abschiebungen dorthin forciert werden, die Bundesregierung mit den Taliban über die Rückführung von Flüchtlingen, darunter viele Familien mit Kindern, verhandelt oder Kanzler Merz den ukrainischen Präsidenten Selensky Ende 2025 aufforderte, die Ausreise 18- bis 24-jähriger junger Ukrainer aus der Ukraine zu verbieten, „weil sie dort für den Militärdienst gebraucht werden.“**

Trotz eskalierender Konflikte, stark steigender weltweiter Flüchtlingszahlen, größerer Not und drastisch sinkender humanitärer Hilfe in Krisengebieten – auch Deutschland hat seine Mittel dafür massiv gekürzt – sind die Zahlen der Asyl-Erstanträge in Deutschland zuletzt gesunken. Gründe sind die Militarisierung und Abschottung der EU-Außengrenzen und die Gefahren und schweren Menschenrechtsverletzungen auf den Fluchtrouten in Ländern wie Libyen, Algerien, Niger, Mali oder der Türkei. Tausende Flüchtlinge sterben jedes Jahr auf der Flucht in die Europäische Union, allein etwa 2500 sind im Jahr 2024 bei der Überfahrt im Mittelmeer ertrunken.

Von den 125 Millionen Flüchtlingen weltweit, die vor Krieg, Verfolgung und Gewalt fliehen, sind etwa 90 Prozent in ihrem Heimatland oder direkten Nachbarländern auf der Flucht, nur etwa 10 Prozent fliehen in weiter entfernte Länder wie Deutschland. Von den etwa 113.000 Menschen, davon etwa 45.000 (40 Prozent) Kinder und Jugendliche, die im Jahr 2025 neu nach Deutschland gekommen sind und einen Asyl-Erstantrag gestellt haben, kamen etwa 85% aus Kriegsgebieten – in fast allen werden Kinder als Soldat\*innen von bewaffneten Gruppen und Armeen zwangsrekrutiert. D. h. jedes Jahr fliehen Zehntausende Kinder und Jugendliche auch vor Zwangsrekrutierung als Soldat\*innen nach Deutschland, die meisten mit ihren Familien oder in Begleitung Erwachsener, etwa ein Fünftel aber auch allein (sog. unbegleitete minderjährige Flüchtlinge). Manche von ihnen waren zuvor Kindersoldat\*innen und konnten fliehen – wie viele genau, ist unbekannt, da dies in Asylverfahren nicht systematisch ausgewertet wird und viele Betroffene es aus Angst oder Scham verschweigen.

**Fakt ist: Eine zunehmend restriktive Asylpraxis von Behörden, Gerichten und Politik hierzulande führt dazu, dass selbst ehemalige Kindersoldatinnen und -soldaten, die schwerst traumatisiert sind, von Abschiebung bedroht sind.**

Dabei ist bekannt: Sie brauchen vor allem Ruhe, Sicherheit, meist auch Traumahilfe, damit ihre körperlichen und seelischen Wunden heilen können, und Bildung, damit sie die Chance auf einen Neuanfang haben. Ein unsicherer Aufenthaltsstatus und die Angst vor Abschiebung wirken sich fatal aus, viele erleiden deswegen Retraumatisierungen,

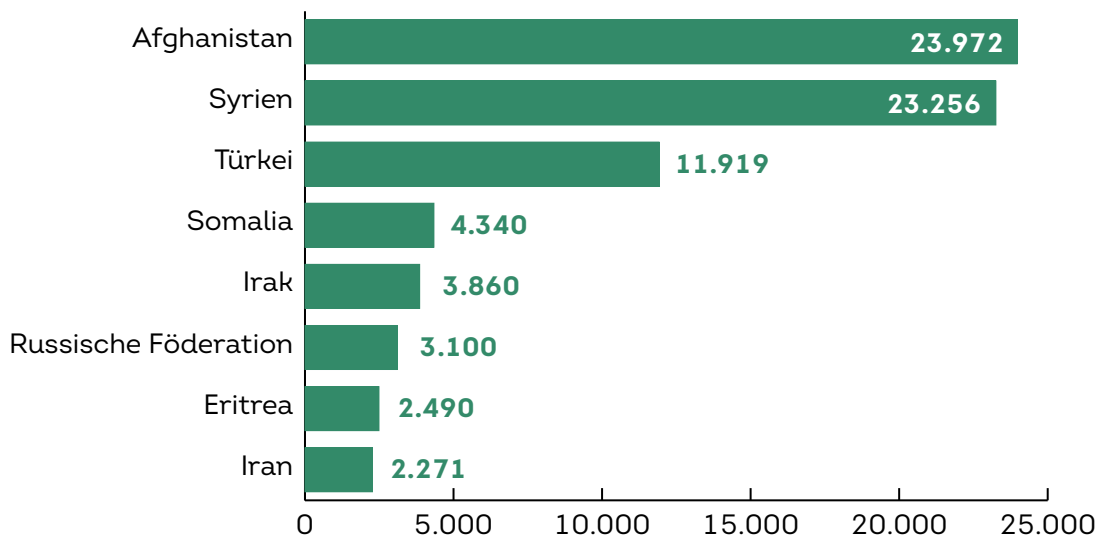
schwere Depressionen, psychische Zusammenbrüche und Suizidversuche. Denn sie wissen: In ihren Heimatländern drohen ihnen nicht nur Hunger und Krankheiten, sondern auch politische Verfolgung, Rache oder Strafverfolgung, z. B. wenn sie gezwungen wurden, gegen Regierungstruppen zu kämpfen.

Diese jungen Menschen haben gemäß deutschen und europäischen Gesetzen, dem Völkerrecht und seinen verpflichtenden Verträgen wie der VN-Kinderrechtskonvention als politisch Verfolgte und Opfer schwerster Menschenrechtsverletzungen ein Recht auf Asyl – dies darf nicht aus innenpolitischen Erwägungen in Frage gestellt werden, wie dies zur Zeit in Asylfällen, die uns bekannt sind, geschieht. **Wir appellieren an die Bundesregierung, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die mit diesen Fällen befassten Gerichte, die Gesetze und das Völkerrecht einzuhalten, Menschen in Not aus Kriegsgebieten Schutz zu gewähren und human zu handeln.**

Deutschland hat hier eine Schlüsselrolle: Das Völkerrecht muss gestärkt werden, die Erosion internationaler Schutzmechanismen und humanitärer Normen, die Kinder vor den Folgen bewaffneter Konflikte bewahren sollen, muss aufgehalten werden. Dazu gehört zu allererst, diese im eigenen Land einzuhalten.

Unsere Erfahrungen aus jahrzehntelanger Arbeit in Kriegsgebieten zeigen: Wenn ehemalige Kindersoldatinnen und -soldaten die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, vor allem Traumahilfe und Bildung, sind viele von ihnen zu beeindruckenden Leistungen fähig. **Sie sind knapp dem Tod entronnen – denn die allermeisten Kindersoldat\*innen sterben im Krieg – und ergreifen die Chance für einen Neuanfang dankbar, wenn sie sie bekommen.**

## Asylantragstellungen im Jahr 2025



Die Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zeigt für die Asyl-Erstanträge 2025 die häufigsten Herkunftsländer<sup>2</sup>. Etwa 85% kommen aus Ländern mit Kriegen oder massiver Gewalt und Repression.

<sup>2</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Asylzahlen Gesamtjahr und Dezember 2025, unter: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2026/260112-asylzahlen-dezember-und-gesamtjahr-2025.html?nn=284830>

In einem Terre des Hommes-Projekt in Myanmar können kriegstraumatisierte Kinder spielen, Sport machen und zur Ruhe kommen. (Foto: Terre des Hommes)



FALLBEISPIEL: HILFE FÜR KINDER IN MYANMAR

## „Die jungen Leute sind starke Stimmen für den Frieden“

### Aktiv für Kinderrechte und Nothilfe: So riskieren mutige Menschen jeden Tag ihr Leben

„In den Dörfern um Loikaw werden Häuser niedergebrannt, es wird mit schweren Waffen geschossen, selbst auf die Lager der Vertriebenen“, berichtet Maw Byar Mar Oo. „Viele Menschen im Karenni-Staat müssen in die Wälder fernab der Städte flüchten. Die Kinder leiden, körperlich und psychisch, und haben Angst“. Sie ist Projektkoordinatorin der Terre des Hommes-Partnerorganisation Karenni National Women's Organization (KNWO), einer Frauenrechtsorganisation, die jetzt vor allem Nothilfe für Kinder und Jugendliche leistet.

„Es gibt immer weniger Organisationen, die Hilfe für Vertriebene leisten, es ist gefährlich, sie brauchen dringend mehr Unterstützung. **Wir helfen vertriebenen Kindern und Jugendlichen mit psychologischer Hilfe, Nahrung, medizinischer Versorgung**

**und Schulunterricht. Sie können bei uns Musik und Sport machen, tanzen und spielen – so können sie die Bilder des Krieges für eine Weile vergessen.“**

Seit fünf Jahren tobt in Myanmar ein Bürgerkrieg zwischen der Militärjunta und ethnischen und anderen Widerstandsgruppen. Schätzungen zufolge wurden Zehntausende getötet, darunter viele Zivilist\*innen, mehrere Millionen Menschen sind auf der Flucht im Land und in den Nachbarländern. Dort leben Flüchtlinge oft jahrelang in überfüllten Lagern, ohne Papiere, ohne legale Möglichkeiten zu arbeiten. Kinder und Jugendliche sterben an Krankheiten und Unterernährung. Besonders schwer sind die Volksgruppen Karenni, Karen, Kachin, Shan und Rohingyas betroffen.

### Kriegsverbrechen der Militärjunta

Über 2.100 Fälle der sechs schweren Kinderrechtsverletzungen in bewaffneten Konflikten wurden in 2024 im Bericht des VN-Generalsekretärs in

Myanmar dokumentiert, der sechsthöchste Wert weltweit. In dreiviertel der Fälle war dafür die staatliche Armee und ihre Verbündeten verantwortlich.

**Myanmar war dem Bericht zufolge aufgrund von Bombenangriffen, Minen und Feuergefechten das drittgrößte Land der Welt für Kinder und Jugendliche.**

Die Militärjunta begeht schwere Kriegsverbrechen, sie bombardiert gezielt Krankenhäuser, Schulen, Marktplätze und Dörfer, verweigert notleidenden Menschen den Zugang zu humanitärer Hilfe und hat allein im Jahr 2024 hunderte von Kindern und Jugendlichen als Soldat\*innen zwangsrekrutiert.

## Friedliche Proteste gegen den Militärputsch 2021

Am 1. Februar 2021 hatte das Militär gegen die zuvor mit großer Mehrheit demokratisch gewählte Regierung Myanmars geputscht. Es ging gewaltsam gegen Oppositionelle, Demonstrant\*innen und ethnische Minderheiten vor, die friedlich demonstrierten. **Zehntausende wurden inhaftiert, darunter politische Führer wie die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die in Isolationshaft ist.** Viele Inhaftierte wurden gefoltert und getötet.

Inzwischen soll das Militär nur noch zwischen 20 und 40 Prozent des Staatsgebiets unter Kontrolle haben, viele Soldaten haben desertiert. Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs

hat einen Haftbefehl gegen den Junta-Chef Min Aung Hlaing beantragt wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

## Aktivist und Minister für Menschenrechte

Aung Myo Min ist seit fünf Jahren Minister für Menschenrechte in der gewählten Regierung Myanmars, wegen der Verfolgung durch die Junta im Exil. Der internationale Druck auf die Junta müsse noch zunehmen, die Wirtschaftssanktionen würden Wirkung zeigen. „Wichtig ist der Boykott der Lieferung von Flugbenzin an die Militärjunta, damit sie ihre rücksichtslosen Bombardierungen von Dörfern und Schulen nicht fortsetzen kann. **Nach der Diktatur werden wir eine föderale Union aufbauen, auf Basis einer demokratischen Verfassung und Achtung der Menschenrechte.**“

Myo Min hat im Jahr 2000 die Menschenrechtsorganisation Equality Myanmar gegründet, die seit über zwanzig Jahren mit Terre des Hommes zusammenarbeitet. Sie unterstützt Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die vom bewaffneten Konflikt betroffen sind, mit Nothilfe und dabei, ihre Situation bekannt zu machen und sich für ihre Rechte einzusetzen, in den Gemeinden, Flüchtlingscamps und auf internationaler Ebene. Myo Mins Hoffnung ist die junge Generation: „Die jungen Leute sehnen sich nach einer Zukunft ohne Krieg, sie sind starke Stimmen für den Frieden.“

## Forderungen zur Verbesserung der dramatischen Situation von Kindern in Myanmar

- Dringend mehr humanitäre Hilfe in Myanmar und in den Nachbarländern über lokale Nichtregierungsorganisationen. Keine Kontrolle der Verteilung von Hilfsgütern durch das Militär. Uneingeschränkter Zugang von Hilfsorganisationen zur Bevölkerung.
- In den Nachbarländern Bangladesch, Indien und Thailand muss die Versorgung von myanmarischen Flüchtlingen dringend verbessert werden.
- Die illegale Militärregierung muss die Macht an die gewählte demokratische Regierung übergeben. Die vom Militär Ende 2025 unter Kriegsbedingungen durchgeführten Wahlen waren unfrei und illegitim.
- Strikte Einhaltung des globalen Waffenembargos gegen Myanmar, inkl. Lieferverbot von Flugbenzin und von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (zivil-militärisch).
- Striktere Wirtschaftssanktionen gegen die Militärjunta – nur solche, die die humanitäre Situation der Zivilbevölkerung nicht verschlechtern.
- Unterstützung des Ermittlungsverfahrens des internationalen Strafgerichtshofs
- Unterstützung der UN-Sonderbeauftragten für Kinder in bewaffneten Konflikten bei ihren Dialogen mit den Kriegsparteien, um Aktionspläne zur Verhinderung von Kinderrechtsverletzungen umzusetzen.

# Fazit: Schutz von Kindersoldat\*innen auf der Flucht!

Ehemalige Kindersoldat\*innen zählen zu den am stärksten gefährdeten Gruppen in bewaffneten Konflikten, da sie auch nach ihrer Freilassung oder Flucht erheblichen Risiken von Gewalt, Ausbeutung, Stigmatisierung und erneuter Rekrutierung ausgesetzt sind<sup>3 4</sup>. Die anhaltende Straflosigkeit für die Rekrutierung von Kindersoldat\*innen kann sich negativ auf deren Reintegration auswirken, da sie Gewalt normalisiert und Schutzmechanismen untergräbt, die für eine sichere Rückkehr ins zivile Leben notwendig sind.

Maßnahmen des UN-Sicherheitsrates, des Internationalen Strafgerichtshofs und einzelner Staaten gegen Verantwortliche der sechs schweren Kinderrechtsverletzungen sind daher ein zentrales Element zum Schutz ehemaliger Kindersoldat\*innen, da sie abschreckend wirken und den politischen Rahmen für Freilassung und Reintegration stärken können. Der Internationale Strafgerichtshofs sowie relevante regionale und nationale Gerichte müssen politisch und finanziell gestärkt werden.

Nach dem Völkerrecht und seinen Verträgen wie der VN-Charta, der VN-Kinderrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention sind Länder wie Deutschland verpflichtet, Menschen die von Krieg und Gewalt betroffen sind, zu unterstützen – in Deutschland durch die Gewährung von Schutz und Asyl, und vor Ort in den Krisenregionen durch humanitäre Hilfe, Entwicklungshilfe und den Einsatz für ein Ende der bewaffneten Konflikte, für Frieden und diplomatische Konfliktlösungen.

Die Unterstützung und Reintegration ehemaliger Kindersoldat\*innen ist nicht nur eine humanitäre

Verpflichtung, sondern auch von großer Relevanz für Versöhnungs- und Friedensprozesse. Reintegrationsprozesse für ehemalige Kindersoldat\*innen umfassen nach VN-Definition neben psychosozialer Unterstützung auch den Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, beruflicher Qualifizierung sowie die Einbindung von Familien und lokalen Gemeinschaften. Die aktive Einbindung ehemaliger Kindersoldat\*innen sowie von Kindern und Jugendlichen mit Konflikterfahrung in die Gestaltung von Reintegrationsprogrammen kann wesentlich dazu beitragen, deren Wirksamkeit zu erhöhen und nachhaltige Schutzstrukturen aufzubauen<sup>3</sup>.

Wenn die Heilung der Traumata und eine soziale Reintegration gelingt und sie eine (Über)Lebensperspektive bekommen, dann setzen sich ehemalige Kindersoldatinnen und -soldaten oft mit großer Energie für Frieden, Versöhnung und Gerechtigkeit ein. Beeindruckende Beispiele dafür sind Yina M. aus Kolumbien und Innocent Opwonya aus Uganda<sup>5</sup>, die zu den wenigen ehemaligen Kindersoldat\*innen gehören, die den Mut haben, mit ihren Erfahrungen an die Öffentlichkeit zu gehen.

Das Ausbleiben adäquater Unterstützung und Reintegration erhöht hingegen das Risiko erneuter Rekrutierung, anhaltender Gewaltspiralen und gesellschaftlicher Instabilität in Gesellschaften nach bewaffneten Konflikten erheblich<sup>6</sup>. Die Reintegration ehemaliger Kindersoldat\*innen ist dem VN-Sicherheitsratsbericht zufolge daher nicht nur eine humanitäre, sondern auch eine zentrale friedens- und sicherheitspolitische Aufgabe.

3 United Nations (2025): Report of the Special Representative of the Secretary-General for Children and Armed Conflict to the General Assembly. A/80/266. New York: United Nations. Verfügbar unter: <https://childrenandarmedconflict.un.org/document/report-of-the-special-representative-of-the-secretary-general-for-children-and-armed-conflict-to-the-general-assembly-6/>

4 OSRSG-CAAC – Office of the Special Representative of the Secretary-General for Children and Armed Conflict (2018): Reintegration of Former Child Soldiers. New York: United Nations. Verfügbar unter: <https://childrenandarmedconflict.un.org/wp-content/uploads/2018/09/Reintegration-brochure-layout.pdf>

5 Interviews mit Yina Moreno und Innocent Opwonya, Global Net to Stop the Arms Trade, Fall 7: Kindersoldat\*innen und Waffenhandel, <https://gn-stat.org/?p=3204>

6 United Nations Security Council Report (2025): Children and Armed Conflict: Progression, Regression or Maintenance of the Agenda? [https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/caac\\_research\\_report\\_2025.pdf](https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/caac_research_report_2025.pdf)

Diese sollte auch Deutschland stärker unterstützen. Deutschland ist zwar auf diplomatischer Ebene in einer Arbeitsgruppe des UN-Sicherheitsrates aktiv und setzt sich dort und mit humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe für die Rechte und die Verbesserung der Situation von Kindern in bewaffneten Konflikten ein, was sehr positiv ist. Gleichzeitig verhält es sich aber in mehreren zentralen Bereichen, die Kinder in bewaffneten Konflikten stark betreffen, sehr problematisch und inkohärent. Zu nennen wären hier:

- Der Kahlschlag bei den deutschen Haushaltsmitteln für humanitäre Hilfe, der Kinder in bewaffneten Konflikten stark trifft. Seit 2023 wurden diese um 60 % auf 1 Milliarde Euro zusammengestrichen. Dadurch haben mehrere Millionen Menschen in Not den Zugang zu dringend benötigter Hilfe verloren, Kinder verhungern, verdursten und erliegen Krankheiten, weil Medikamente fehlen. Viele ehemalige Kindersoldat\*innen konnten nicht unterstützt werden, die Reintegrationsprogrammen sind chronisch unterfinanziert.
- Die rechtswidrige und stark zunehmende Rekrutierung von minderjährigen (Kinder) Soldat\*innen in die Bundeswehr, bei denen

es jedes Jahr Fälle schwerer Kinderrechtsverletzungen gibt. Diese Praxis schwächt den internationalen Straight 18-Standard für die Rekrutierung von Soldat\*innen, der von über 150 Ländern weltweit eingehalten wird. Deutschland ist eines von wenigen Ländern, die dies nicht tun und noch minderjährige Soldat\*innen in ihre Armee rekrutieren.

- Die steigenden Rüstungsexporte in Länder mit bewaffneten Konflikten und schweren Menschenrechtsverletzungen, obwohl diese nach völkerrechtlich bindenden Verträgen wie dem Waffenhandelsvertrag (ATT) und dem Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten verboten sind.<sup>7</sup>
- Die immer restriktivere Asylpraxis, auch gegenüber schwer traumatisierten ehemaligen Kindersoldat\*innen, die nach Deutschland fliehen konnten.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf (siehe Forderungen nächste Seite).



#### **Der ehemalige Kindersoldat Innocent Oponya appelliert am Red Hand Day an die Bundesregierung:**

„Lassen Sie die Kinder in Kriegsgebieten nicht allein! Unterstützen Sie sie vor Ort mit humanitärer Hilfe und wenn sie in Deutschland Zuflucht suchen, stoppen Sie Waffenlieferungen in Konfliktregionen und setzen Sie sich konsequent für die friedliche Lösung von Konflikten und den Frieden in der Welt ein.“

Foto: Deutsches Bündnis Kindersoldaten

<sup>7</sup> Thilo Marauhn et al (2024): Deutsche Rüstungsexporte – europäische und internationale Verpflichtungen, Hrsg. Terre des Hommes, Ohne Rüstung Leben, Aktion Aufschrei, <https://www.tdh.de/informieren/themen/kleinwaffen>

# Forderungen an die Bundesregierung und -behörden

## 1. Mehr humanitäre Hilfe und Mittel für Krisenprävention, Friedensförderung und Entwicklung:

Heben Sie die Mittel für humanitäre Hilfe wieder mindestens auf das Niveau von 2023 an und machen Sie die Kürzung um 1,7 Mrd. € rückgängig. Das Geld ist da, im selben Zeitraum wurden die Verteidigungsausgaben um 50 Mrd. auf 108 Mrd. € gesteigert. Statt in Aufrüstung muss die Bundesregierung vor allem in Krisenprävention, Frieden & Friedensbildung und Entwicklung investieren und sollte dabei einen Schwerpunkt auf Kinder und junge Menschen in Kriegsgebieten legen. Sie brauchen Sicherheit & Schutz, Traumahilfe, Bildung und Friedensbildung.

## 2. Stopp der Rekrutierung minderjähriger

**Soldat\*innen für die Bundeswehr:** Beenden Sie die rechtswidrige und stark zunehmende Rekrutierung von minderjährigen (Kinder)Soldat\*innen in die Bundeswehr (2024: 2.200 Jungen und Mädchen), die dort zusammen mit erwachsenen Soldat\*innen militärisch an der Waffe ausgebildet werden. Jedes Jahr kommt es dabei zu schweren Kinderrechtsverletzungen.

## 3. Stopp von Waffenlieferungen in Krisenregionen:

Stoppen Sie Rüstungsexporte in Länder mit be-

waffneten Konflikten und schweren Menschenrechtsverletzungen. Diese sind nach den Verbotskriterien im Waffenhandelsvertrag (ATT) und dem Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten verboten und verletzen in den Empfängerländern zahlreiche fundamentale Kinderrechte der UN-Kinderrechtskonvention. Halten Sie diese völkerrechtlich bindenden Verträgen ein.

## 4. Schutz und Asyl für ehemalige Kindersoldat\*innen:

Gewähren Sie ehemaligen Kindersoldat\*innen sowie Kindern und Jugendlichen, die vor Zwangsrekrutierung in ihren Heimatländern fliehen, in Deutschland Schutz und Asyl und stoppen Sie deren Abschiebung! Respektieren und stärken Sie das Grundrecht auf Asyl vollumfänglich, stoppen Sie die Zurückweisungen an den EU-Außengrenzen und deren Militarisierung.

Insbesondere appellieren wir auch an die vielen hundert Abgeordneten, Minister\*innen und Regierungsmitglieder, die sich an der Rote-Hand-Aktion beteiligt und mit ihrem roten Handabdruck versprochen haben, sich für Kindersoldat\*innen und die Forderungen der Aktion Rote Hand einzusetzen – bitte lassen Sie diesen Worten Taten folgen!



[kindersoldaten.info](http://kindersoldaten.info)



starke Kinder – gerechte Welt



glauben. leben. geben.



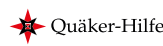
ZUKUNFT FÜR KINDER



kinder  
not  
hilfe



DFG-VK  
Deutscher Friedensrat  
Vereinigung Kriegshilfsorganisationen



Quäker-Hilfe



pax  
christi



LUTHERISCHER  
WELTBUND  
DEUTSCHES  
NATIONALKOMITEE

## Deutsches Bündnis Kindersoldaten

Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten ist ein Bündnis aus neun Nichtregierungsorganisationen, die sich seit mehr als 20 Jahren gegen den Missbrauch von Kindern als Soldat:innen einsetzen. Das Bündnis informiert, führt öffentliche Aktionen wie die Rote-Hand-Aktion durch und setzt sich für ehemalige Kindersoldat:innen ein.



Die sechs Forderungen der Aktion Rote Hand: [kindersoldaten.info/forderungen](http://kindersoldaten.info/forderungen)

## Aktion Rote Hand

Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten startete 2003 die **Aktion Rote Hand** in Deutschland – eine Protestaktion gegen den Einsatz von Minderjährigen als Soldat\*innen. Inzwischen wurden über eine halbe Million rote Handabdrücke weltweit gesammelt und an Politiker\*innen übergeben. Die Forderungen: keine Rekrutierung unter 18-Jähriger als Soldat\*innen („Straight 18“), mehr Mittel für Hilfsprogramme, Asyl und Schutz für geflüchtete Kindersoldat\*innen, Stopp von Waffenexporten in Konfliktländer, Strafverfolgung der Verantwortlichen und Förderung von Friedensbildung.